

Antrag Nr. 0002/2006/AN
Antragsteller: SPD-Fraktion
Antragsdatum: 18.01.2006

VERTRAULICH
bis zur Feststellung des
schriftlichen Ergebnisses der
letzten nicht öffentlichen
Ausschusssitzung durch
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg
Dezernat I, OB-Referat - Agenda-Büro

Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit

Antrag

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 03. Mai 2006

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Beratungsergebnis	Handzeichen
Gemeinderat	16.02.2006	Ö		
Haupt- und Finanzausschuss	05.04.2006	N		
Gemeinderat	27.04.2006	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Sitzung des Gemeinderates vom 16.02.2006

Ergebnis: verwiesen in Haupt- und Finanzausschuss

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 05.04.2006

Ergebnis: behandelt

Sitzung des Gemeinderates vom 27.04.2006

Ergebnis: behandelt

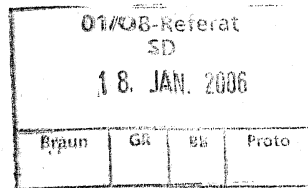
Antrag Nr. 0002/2006/AN



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Gemeinderatsfraktion Heidelberg

SPD-Gemeinderatsfraktion, Berghelmer Str. 88, 69115 Heidelberg

Oberbürgermeisterin
der Stadt Heidelberg
Frau Beate Weber
- Rathaus -
69117 Heidelberg



Werner Brants
Karl Emer
Thomas Krcaj
Reiner Nimis
Margrit Nissen
Roger Schladitz
Dr. Anke Schuster
Imtraud Spinnler
Lore Vogel
Dr. Karin Werner-Jensen

Berghelmer Str. 88
69115 Heidelberg
Telefon 06221-166767
Telefax 06221-619808
e-mail:
SPD-Fraktion-heidelberg@t-online.de
www.spd-fraktion-heidelberg.de

Datum: 18.01.05

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

Für die nächste Sitzung des Gemeinderates beantragen wir gem. § 24 der Gemeindeordnung eine Sachstandsinformation zu folgendem Thema:

Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit

- Bericht der Verwaltung
- Diskussion und Aussprache

Begründung:

Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit werden auch in Deutschland verkauft. Ob Orangensaft, Tee, Kaffee, Kakao, Fußbälle, Turnschuhe, Kleidung, Teppiche, Spielzeug oder Natursteine, in all diesen und weiteren Waren kann Kinderarbeit stecken.

Mit politischem Willen und rechtlichen Regelungen gelingt es, Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit auszugrenzen. Die schlimmsten Formen der Kinderarbeit stellen klare Verstöße gegen die Menschenrechte dar, auf deren Wahrung sich die Gemeinschaft mit Ratifizierung der ILO-Konvention 182 verpflichtet hat.

Unsere Stadt kann über das Beschaffungswesen dieser Verpflichtung nachkommen. Außerdem sieht das deutsche Vergaberecht vor, dass nicht das billigste, sondern das wirtschaftlichste Angebot den Zuschlag erhalten soll. Prof. Dr. Jan Ziekow - einer der führenden deutschen Verwaltungsjuristen - empfiehlt, die besonderen Zuschlagskriterien in den kommunalen Vergaberichtlinien entsprechend zu formulieren und anzuwenden.

Die notwendigen Unterschriften sind als Anlage beigefügt.

gez. SPD-Fraktion

